

15. Abgeordnete  
Dr. Julia Verlinden  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Über welche konkreten Ergebnisse (Modalitäten der geplanten Ausschreibungen, Verschlechterung der Förderung für welche konkreten Anlagentypen, weiterer Zeitplan etc.) der Verhandlungen mit der EU-Kommission zur Notifizierung der KWKG-Novelle hat das Bundeswirtschaftsministerium die KWK-Branche informiert (vgl. FAZ-Meldung vom 25. August 2016), und mit welchen konkreten Zielen wird die Bundesregierung noch weitere Punkte verhandeln?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski  
vom 2. September 2016

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie kann bestätigen, dass Vertreterinnen und Vertreter der KWK-Branche über die Ergebnisse der Gespräche mit der EU-Kommission unterrichtet worden sind. Hierbei wurden schwerpunktmäßig die bereits in der Frage erwähnten Details erläutert (Modalitäten und Zeitplan der geplanten Ausschreibungen, Förderrahmen je Anlagentypen, weiterer Zeitplan mit Brüssel). Es wird insoweit auf das bereits in Kraft getretene KWKG 2016 sowie das KWKG-Änderungsgesetz verwiesen, das noch in diesem Herbst von der Bundesregierung beschlossen werden soll. Mit einer Kommissionsgenehmigung der KWK-Förderung wird in den nächsten Wochen gerechnet; hinsichtlich der Privilegierungen der energieintensiven Industrie im KWKG rechnet die Bundesregierung mit einer Kommissionsentscheidung bis Ende des Jahres.

16. Abgeordnete  
Doris Wagner  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung auf das Urteil 5 K 3718/15 des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M., in der das Gericht das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zu einer zeitnahen Entscheidung über die von der Heckler & Koch GmbH beantragte Lieferung von Komponenten für das Sturmgewehr G 36 nach Saudi-Arabien verpflichtete ([www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-muss-ueber-waffenexport-nach-saudi-arabien-entscheiden-a-1099394.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-muss-ueber-waffenexport-nach-saudi-arabien-entscheiden-a-1099394.html)), reagiert, und wann plant die Bundesregierung die abschließende Bescheidung der am 16. Dezember 2013 beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) beantragten Ausfuhren?

Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig  
vom 8. September 2016

Die Bundesregierung kann nach den Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 (2 BvE 5/11) mit Blick auf verfassungsrechtlich geschützte Rechte keine detaillierte Auskunft über laufende oder abgelehnte Antragsverfahren erteilen.